

Vortrag beleuchtet die Ursachen des Insektensterbens

Biologin spricht auf Einladung der NABU-Gruppe Rottenacker über das Thema

Von Friedrich Hog

ROTTENACKER - In ihrem Vortrag am Freitag im Gemeindesaal hat Sabine Brandt über Fakten, Ursachen und Perspektiven des Insektenschwunds gesprochen. Dabei wurde deutlich, dass das Insektensterben die Lebensgrundlagen des Menschen akut bedroht und dass der Mensch die Ursachen für ein „ökologisches Armageddon“ gesetzt hat.

Sabine Brandt ist Diplom-Biologin und Leiterin der NABU-Bezirksgeschäftsstelle Allgäu-Donau-Oberschwaben. Sie machte vor 30 Zuhörern anhand von Untersuchungen deutlich, dass in den vergangenen Jahren die Menge an Insekten drastisch abnahm. „Erstmals 2017 ging ein Raunen durch die Presse. Seit 2019 erfährt die Öffentlichkeit mehr vom Sterben der Insekten. Spezialisten haben das vorher bereits gesagt“, so die Referentin. Dabei sind Insekten mit einer Million Arten die artenreichste Klasse des gesamten Tierreichs, 60 Prozent aller Arten sind Insekten. Etwa 40 000 Arten leben in Mitteleuropa.

Brandt stellte die Merkmale von Libellen, Heuschrecken, Käfern, Schmetterlingen und anderen Tieren vor. Dies sind der Kopf mit großen Facettenaugen, Fühlern und Mundwerkzeugen, ein Mittelteil mit sechs Bei-



Referentin Sabine Brandt. SZ-FOTO: HOG

nen und zwei Paar Flügeln sowie dem Hinterteil für Verdauung und Fortpflanzung. Insekten haben ein Strickleiternnervensystem und atmen über Tracheen. Sie sind überall vertreten, nur nicht in Salzwasser.

„Da alle Singvögel von unterschiedlichen Insekten leben, benötigen wir alle Insekten“, sagte Brandt. Auch Fledermäuse, Amphibien, Igel, Spitzmäuse und Fische fressen Insekten oder deren Larven. „80 bis 90 Prozent der heimischen Nutz- und Wildpflanzen sind auf Insektenbestäubung angewiesen. Qualitativ und quantitativ guten Ertrag haben Obstbäume nur, wenn Insekten sie bestäuben, im natürlichen Zusammenspiel mit Windbestäubung.“ Brandt machte deutlich, dass die menschliche Bestäubung mit dem Pinsel natürliche

Bestäubung nicht ersetzen kann. Auch die Verbreitung von Samen durch Ameisen sei zwingend notwendig, wobei schon viele Ameisenarten ausgestorben seien, nicht zu vergessen die Nährstoffbereitstellung durch Insekten im Wege des Zersetzens von abgestorbenen Pflanzen.

Sabine Brandt stellte die Rote Liste 2016 vor, nach der nur 37 Prozent der Wildbienen nicht gefährdet sind. Die Langzeitstudie des Entomologischen Vereins Krefeld, die über 27 Jahre hinweg den mehr als 75 Prozent betragenden Rückgang der Insekten in Naturschutzgebieten dokumentiert hat, wurde 2019 durch eine Zehnjahresstudie der Technischen Universität München bestätigt. Das Fazit der Referentin lautete „Der Insektenschwund ist Realität. Er wurde durch Flächenverlust, Monotonie und Intensivierung der Landwirtschaft, den Verlust von Ackerrandstrukturen, intensivere Grünlandnutzung, Umbruch von Grünland in Ackerland, Klimawandel, künstliches Licht, den Verkehr, naturferne Gärten und die Vergiftung durch Pestizide verursacht. Damit ist er vom Menschen verursacht.“

Die Politik müsse strengere Zulassungsregeln für Pestizide erlassen, die Pestizidreduktion veranlassen, die Landwirte bei der Umstellung auf Bio-Landwirtschaft unterstützen, für

mehr Blütenvielfalt in der Landschaft sorgen und die EU-Agrarpolitik ökologisch reformieren. Abschließend stellte Sabine Brandt das Bündnis für Artenvielfalt der Stadt Ulm, des Alb-Donau-Kreises und der Stadt Biberach vor, dem unter anderem NABU, BUND, Schwäbischer Albverein, die Naturfreunde Ulm, der Bezirks-Imkerverein Ulm oder auch das Bündnis für eine gentechnikfreie Region Ulm angehören.

Sie empfahl den Erhalt von Streuobstwiesen und Blühflächen, die Bereitstellung von Nisthilfen, naturnahes Gärtnern, Belassen von Brenneseln, Wiese statt Rasen oder Kies, Duldung ungepflegter Flächen, keine nackte Erde im Winter, Hecken statt Steinkörben, Pflanzen von einheimischen Gehölzen, Recyceln sowie den Kauf von biologischen und regionalen Lebensmitteln. Aus dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ sei im Dezember 2019 ein Gesetzentwurf der Landesregierung entstanden, der von Umwelt- und Landwirtschaftverbänden getragen wird. Hierin werden Öko-Landbau, weniger Pestizide, Rückzugsflächen für Vögel, ein Biotopverbund von 15 Prozent der Landesfläche, Schutz von Streuobstwiesen und Ausbau des Dialogs zwischen Landwirtschaft und Naturschutz festgeschrieben.